

Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

**In diesem Newsletter finden Sie:**

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Aktuelles aus den Ausschüssen & Intergroups
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

**Aktuelles aus Straßburg**

**Mehr Planbarkeit und finanzielle Unterstützung für Flüchtlingsintegration**

Am 18. Mai stimmte das Europaparlament für eine bessere Koordination und Flexibilität des europäischen Neuansiedlungsprogramms und einer Anpassung des europäischen Flüchtlingsfonds. Ziel ist es, eine bessere Planbarkeit der Flüchtlingsströme in Europa, eine ausreichende finanzielle Unterstützung, die effiziente Nutzung dieser Fonds, sowie die schnelle Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft zu erreichen.

Davon profitieren auch Kommunen, die dann wiederum besser die Bereitstellung von zum Beispiel Wohnraum, psychischer und physischer Versorgung, Sprachkursen oder Betreuungseinrichtungen für Kinder planen können. Aufgrund dieser Verantwortung sollten die Gelder aus dem Flüchtlingsfonds zumindest anteilig an die Kommunen weitergegeben werden.

Derzeit sind 10 EU-Mitgliedsländer am Neuansiedlungsprogramm beteiligt. Durch das Programms soll Flüchtlingen mehr Schutz und einen geregelten und sicheren Zugang zur EU gewährleisten, sowie Solidarität zu Drittländern zu demonstrieren. Um einen Anreiz für weitere Mitgliedstaaten zu schaffen, diesem freiwilligen Programm beizutreten, beschlossen die Abgeordneten heute, deren finanzielle Unterstützung im ersten Jahr von EUR 4.000 auf EUR 6.000 pro Flüchtling anzuheben, damit sie die notwendige Infrastruktur zur Aufnahme von Flüchtlingen aufbauen können. Darüber hinaus hob das Plenum die besondere Schutzbedürftigkeit bestimmter Flüchtlingsgruppen hervor, darunter Kinder und Frauen, unbegleitete Minderjährige und Kranke.

Die heutige Entscheidung des Europaparlaments muss in einem nächsten Schritt von den Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union bestätigt werden, um in die Tat umgesetzt werden zu können.

**Tierschutz: Klare Kennzeichnung von Leder, Pelz und Imitat bei Textilien**

Ebenso am 18. Mai wurde über die Kennzeichnung Textilerzeugnissen, darunter Pelze und andere tierische Produkte abgestimmt. Die Mehrheit der Abgeordneten setzte sich für eine verpflichtende Kennzeichnung ein, wodurch Käufer eindeutig feststellen können, ob der Pelzbesatz auf einer Decke, die Lederjacke oder das Plüschtier aus künstlichem Material oder echtem Pelz und Leder hergestellt wurden. Somit haben Verbraucher endlich die Möglichkeit, sich bewusst für oder gegen tierische Produkte zu entscheiden.

**Editorial**



*Liebe Europa-Interessierte,*

*Europa steht weiterhin im Schatten der Wirtschafts- und Währungskrise. Dies prägt auch die Tagesordnung der Plenarsitzung in Straßburg. Dennoch müssen wir auch bei anderen Themen voranschreiten. Für mich steht diese Woche vor allem die Abstimmung über das Neuansiedlungsprogramm auf dem Plan.*

*Im Wahlkreis war im Monat Mai einiges geboten. Im Rahmen des "Girls Days" lud ich eine Gruppe von Schülerinnen zu einem Politik-Schnuppertag ein. Der Ökumenische Kirchentag bot Anlass zu zahlreichen Diskussion über soziale Themen, wie z.B. den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.*

*Auch der Juni verspricht aufregend zu werden. Denn wir befinden uns im Endspurt vor der Sommerpause.*

*Ihre  
Nadja Hirsch*

## Aktuelles aus dem Wahlkreis

### Girls in Action - Ein Tag im Leben einer Politikerin

Für einen Tag in das Leben einer Politikerin eintauchen - das stand auf der Tagesordnung der Schülerinnen des Edith-Stein Gymnasiums in München. Vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments ging es zusammen mit Nadja Hirsch in den Bayerischen Landtag, von dort auf den Rotkreuzplatz zur Europatagsveranstaltung der Europa-Union München und der Diskussionsrunde zum Thema "Jugend und Europa".



Noch immer gibt es Bereiche, die von Männern dominiert werden und von der Gesellschaft als klare "Männerberufe" wahrgenommen werden. Daher kann man nicht früh genug damit anfangen, junge Menschen auf Stereotype, Vorurteile, veraltete Rollenverständnisse und Diskriminierung in der Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aufmerksam zu machen. Das ist am besten durch erlebbare Gegenbeispiele möglich und durch den direkten Dialog mit jungen Menschen hinsichtlich ihrer Eindrücke, Meinungen und Zukunftsvorstellungen.

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des Girls Days, der jedes Jahr am 22. April in Deutschland abgehalten wird, und steht in Zusammenhang mit Nadja Hirschs Engagement im Bereich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

### Ökumenischer Kirchentag in München - Großes Interesse an politischen Themen

Im Rahmen des diesjährigen Ökumenischen Kirchentags nahm Nadja Hirsch vom 13. bis 15. Mai an mehreren Diskussionen rund um soziale Themen teil. In der ersten Veranstaltung am Donnerstag ging es um die Situation arbeitsuchender Menschen aus den neuen EU-Staaten in Deutschland. Dabei wurden die Auswirkungen des eingeschränkten Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt, die Lebensbedingungen der Neu-EU-Bürger in Deutschland/München, die Verantwortung der Kommunen, Kirchen und anderer Hilfseinrichtungen sowie Programme der EU und anderer EU-Staaten unter die Lupe genommen.

Im "Rotierenden Salon am Königsplatz" ging es am Freitag um die Frage "Ist die Soziale Marktwirtschaft krisenfest"? Unter den Gesprächspartner befanden sich Georg Fahrenschon (Bayerischer Staatsminister der Finanzen), Dr. Otto Wiesheu (Präsident des Wirtschaftsbeirates der Union), Dr. Michael Wohlgemuth (Geschäftsführender Forschungsreferent am Walter Eucken Institut Freiburg). Die Veranstaltung war Teil der vom KKV, dem katholischen Sozialverband für Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung in München, organisierten Großaktion "Haus der Sozialen Marktwirtschaft". In diesem Zusammenhang wurde Nadja Hirsch im April zur Botschafterin der Aktion ernannt.

Am 15. Mai waren "Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Armut, soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft" an der Reihe. Die Veranstaltung wurde vom Sozialreferat der Stadt München organisiert.

### Bologna-Prozess - Kongress in Deutschland, Meinungen aus Bayern

Der Bologna-Prozess hat zum Ziel, die Mobilität, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungsfähigkeit von Studierenden zu fördern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dazu gehören zum Beispiel vergleichbare Abschlüsse bzw. die Möglichkeit des Leistungsvergleichs durch ein einheitliches Punktesystem. Dazu gehört aber nicht eine Überstrukturierung oder Überspezialisierung von Studiengängen, die Studenten jegliche Freiheit, Selbständigkeit und Eigenverantwortung bei der Wahl und Zusammenstellung ihrer Ausbildung abnimmt und noch dazu oftmals aufgrund von Zeitmangel ein Auslandsstudium einfach nicht möglich macht. Die Ziele des Prozesses sind also die richtigen, nur an der Umsetzung hapert es.

Am 17. Mai fand in Berlin die Bologna-Konferenz statt. Dort kamen auch der Hochschulpakt und der Qualitätspakt für die Lehre zur Sprache. Diese zielen auf höhere Studienplatzkapazitäten und

Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

Qualitätssteigerungen ab. Auch hier sind die Ziele die richtigen, aber wie auch der bayerische Staatsminister Heubisch insistiert, müssen die Gelder aus dem Qualitätspakt zum Wohle *aller* Hochschulen eingesetzt werden und nicht nur zur Förderung einzelner Leuchtturmprojekte.

### Bayerische Besuchergruppe in Brüssel

Vom 3. bis 6. Mai nahm eine Besuchergruppe aus Bayern an einer Fahrt nach Brüssel teil, um die Institutionen und Funktionsweise der EU besser kennen zu lernen. Neben einem Besuch der Europäischen Kommission, waren die Besucher zu einer Diskussion mit Nadja Hirsch im Europaparlament eingeladen. Am folgenden Tag besuchten sie die Landesvertretung des Freistaates Bayern. Auch blieb Zeit, um sich die Sehenswürdigkeiten der Stadt Brüssel anzuschauen.



## Aktuelles aus den Ausschüssen & Intergroups


### CULT-Ausschuss: Digitale Agenda - Kroes stellt Prioritäten vor

Am 19. Mai legte die Kommission Kroes ein ambitioniertes und umfassendes Programm für die digitale Zukunft Europas vor. Die Agenda der Kommissarin basiert auf sieben Säulen, welche jeweils Lösungen zu den Schlüsselproblemen in der digitalen Wirtschaft aufzeigen, darunter der fragmentierte digitale Markt, fehlende Interoperabilität und unzureichende Investitionen in Netzwerke. Ziel soll es sein, attraktive online Inhalte und Dienste zu erstellen, die Nachfrage nach diesen Diensten zu steigern und die dazu notwendige Netzwerkstruktur auszubauen.

Europa braucht einen Digitalen Binnenmarkt. Denn durch das Festhalten an 27 unterschiedlich regulierten Märkten, die selbst den scheinbar einfachen online Kauf von Musik in einem anderen Land unmöglich machen, läuft Europa Gefahr, gegenüber anderen internationalen Akteuren wie den USA oder Japan weiter an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. An einem Mindestmaß an Koordinierung innerhalb der EU werden wir aber nicht vorbeikommen - sei es bei der Verteilung und Nutzung von Frequenzen oder bei der Schaffung gemeinsamer technischer Standards. Besonders lobenswert ist die Forderung der Kommissarin, das Breitbandinternet - vor allem in ländlichen Regionen - zügig auszubauen und dafür auch europäische Finanzierungsinstrumente verfügbar machen zu wollen. Breitbandinternet muss als Standort- und Innovationsfaktor begriffen werden. Es muss sichergestellt sein, dass alle Bürger und Unternehmen Zugang zu digitalen Medien haben und dadurch voll am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können.

### LIBE-Ausschuss: Aktionstag "Neuansiedlung" in Brüssel

Am 11. Mai 2010 waren EU-Abgeordnete, Vertreter von Flüchtlingsorganisationen sowie der Zivilgesellschaft allgemein eingeladen, am Aktionstages zur Neuansiedlung im Europaparlament teilzunehmen. Die von der UNHCR organisierte Veranstaltung zielte darauf ab, die Hauptakteure im Bereich der Neuansiedlung vorzustellen und das Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Neben der Berichterstatterin im Europaparlament, Tavares, die ihre Kernforderungen vorstellte, über die diese Woche in Straßburg abgestimmt wurden, berichten Flüchtlinge selbst über ihr Schicksal. Nadja Hirsch stellte die Erfahrungen Deutschlands mit der Aufnahme von Irakflüchtlings anhand der "save me" Kampagne aus München dar - ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich Kommunen und Bürger gleichermaßen für die bessere Eingliederung von Flüchtlingen in die Gesellschaft einsetzen. Teilnehmer hatten somit Gelegenheit, sich umfangreich über das Thema zu informieren, verschiedene Initiativen kennenzulernen und über ihre Erfahrungen und daraus Gelerntes auszutauschen.



Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

### **Tierschutz-Intergroup: Europäische Kommission beugt sich der Mastkaninchenwirtschaft**

Die Antwort des Kommissars Dalli auf die parlamentarische Anfrage von Nadja Hirsch und Britta Reimers war enttäuschend. Eine europaweite Regelung mit gesetzlich verbindlichen Mindeststandards bei der Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen rückt somit in weite Ferne. Solche Standards sind notwendig hinsichtlich des Tierschutzes, und um Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas zu vermeiden.

Die Antworten waren sowohl vage als widersprüchlich. Einerseits wird die schon existierende Richtlinie über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere als ausreichend bewertet. Zum anderen erklärt Dalli, dass ein Einschreiten der Kommission an mangelnder Forschung und der Undurchsichtigkeit des Sektors scheitern würde. Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert zu Recht, dass das EFSA Gutachten, welches überdies die Vergrößerung der Käfige und die Verringerung der Besatzdichte empfiehlt, bereits 2005 fertig gestellt worden war und daher durchaus Spielraum für die Erarbeitung eines Gesetzesvorschlages bestand.

Auch vom Büro der Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner kam mittlerweile Nachricht und Unterstützung. Dort wünscht man sich eine einheitliche EU-weite Regelung, zieht jedoch eine deutsche Regelung in Betracht, wenn eine europäische Einigung aussichtslos erscheint.

Ein europäisches Gesetz ist einzelstaatlichen Lösungen definitiv vorzuziehen. Wenn der Wirtschaftszweig für die gewerbliche Haltung von Kaninchen tatsächlich so undurchsichtig ist, wie die Kommission behauptet, müssen wir uns umso mehr für dafür einsetzen, dass diejenigen Betriebe, in denen die Tiere nicht artgerecht gehalten werden, sanktioniert werden - und zwar EU weit. Denn trotz einer geltenden Richtlinie, die auch den Schutz von Mast- und Nutzkamminchen umfasst, sind massive Missstände in einigen Betrieben bekannt.

### **CULT-Ausschuss: Delegation besucht Santiago de Compostela**

Eine zwölköpfige Delegation des Kulturausschusses im Europaparlament nahm vom 28. bis 30. April an mehreren offiziellen Veranstaltungen in der Kulturhauptstadt Europas teil. Um die für die Region und die Stadt wichtigen Themen, wie Tourismus, Kultur und Bildung zu besprechen, trafen sie Vertreter aus den jeweiligen Ministerien, der Regionalregierung, den Bürgermeister der Stadt sowie Vertreter der Universität Santiago de Compostelas. Letztere zeichnet sich gerade durch ihre grenzüberschreitende Kooperation in Forschung und Lehre sowie der erfolgreichen Umsetzung des Bologna-Prozesses und dadurch hohen Mobilität ihrer Studenten aus.



## **Was macht eigentlich das Büro von MdEP...**

### **Ramona Nicole Mănescu**

Ramona Nicole Mănescu kommt aus Rumänien und ist dort Mitglied der Partidul National Liberal. Seit 2007 ist sie Mitglied des Europaparlaments und vertreten im Ausschuss für regionale Entwicklung und der Delegation für die Beziehungen zur arabischen Halbinsel. Außerdem ist Frau Mănescu Stellvertreterin im Ausschuss für Kultur und Bildung und in der Delegation für die Beziehungen zu Japan. Vor ihrer Zeit im Parlament arbeitete sie als Rechtsanwältin, war Abgeordnete im rumänischen Parlament und stellvertretende Vorsitzende der nationalen Jugendbehörde.

**1. Der Ausschuss für regionale Entwicklung ist von besonderer Bedeutung für Ihr Heimatland, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung Europas insgesamt. Wie schätzen Sie die Rolle dieses Ausschusses ein und welche Erklärung könnte man den Wählern in Bayern geben, warum er auch für sie so wichtig ist?**

Ich möchte betonen, dass dieser Ausschuss für alle Mitgliedsstaaten wichtig ist, insbesondere weil alle EU-Länder Regionen haben, die wirtschaftlich hinterherhinken und Unterstützung brauchen, um sich

zu entwickeln und zu den reicheren Regionen aufzuschließen. Darüber hinaus gibt auch in den wirtschaftlich besser entwickelten Regionen den Bedarf, Verbindungen und Kooperation auf regionaler Ebene sicherzustellen. Gleichzeitig muss ich betonen, dass dieser Parlamentsausschuss sich hauptsächlich mit der Umsetzung der Kohäsionspolitik auseinandersetzt und daher mit dem Strukturfonds und der Koordination einer Politik, die Lücken und Unterschiede zwischen den EU-Regionen schließt.

Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

**2. Die Situation der Frauen auf der Arabischen Halbinsel ist in vielen Staaten noch weit von der Gleichberechtigung entfernt. Wie erleben Sie die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten und sehen Sie da eine Entwicklung?**

Zuerst möchte ich klarstellen, dass Staaten wie Katar, Kuwait und Oman versuchen, die Einbindung und die Teilnahme der Frauen am sozialen und politischen Leben ermutigen und das führt dazu, dass Frauen stärker in die Ausbildung einbezogen werden, in die Förderung von Freiheit und Frauenrechten und sogar in die Politik (immer mehr Frauen haben Führungs- oder stellvertretende Positionen). Auf der anderen Seite stellt Saudi Arabien ein Beispiel für eine sehr konservative und traditionelle Gesellschaft dar, während die Golf-Staaten Schritte in Richtung einer größeren Freiheit für Frauen und Gleichberechtigung unternommen haben. Diese Schritte unterscheiden sich natürlich von Land zu Land. Trotzdem, obwohl die Fortschritte für die Menschen in Europa eher gering erscheinen, müssen wir zugeben, dass signifikante Veränderungen stattfinden, besonders vor dem geschichtlichen Hintergrund, den die Staaten der Arabischen Halbinsel haben.

**3. Sie sind Stellvertreterin in der Delegation für die Beziehungen zu Japan. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan zustande kommt und welche Vorteile würde es bieten?**

Japan ist einer der Haupthandelspartner der EU, der fünftgrößte Importeur und der sechstgrößte Exporteur. Ich denke, das sagt genug über die Notwendigkeit eines Handelsabkommens mit Japan und seiner Bedeutung für die EU und den Welthandel insgesamt aus. Viele Mitgliedsstaaten haben wichtige Wirtschaftsinteressen in Japan, wie zum Beispiel Deutschland, das einer der größten Exporteure nach Japan ist. Deswegen glaube ich, sollten wir unsere Bemühungen, ein Freihandelsabkommen mit Japan zu schließen, fortsetzen und den 2007 begonnenen Dialog vorantreiben.

**4. Der Ausschuss für Kultur und Bildung befasst sich mit einer Vielzahl an Themen. Wo sehen Sie in diesem Ausschuss den Schwerpunkt Ihrer Arbeit und weshalb ist das Thema besonders wichtig für die Bürger Europas?**

Ich glaube, dass wir zu allererst in die Zukunft schauen und uns daher um die Jugend kümmern müssen. Jugendliche müssen ein solides und stabiles Ausbildungsniveau erhalten, damit sie ihre Karriere und

ihre berufliche Entwicklung selbst in die Hand und verantworten können. Deswegen richte ich in meine Arbeit im CULT Ausschuss auf Initiativen, die eine starke Partnerschaft zwischen Arbeit und Ausbildung fördern, die Unternehmertum in der Jugend fördern und die einen Mindestrahmen für die Harmonisierung der Ausbildung in Europa herzustellen versuchen..

**5. Welche aktuelle europäische Frage ist aus ihrer Sicht als rumänische Abgeordnete des Europäischen Parlaments derzeit von großer Relevanz und wieso?**

Ich denke, dass die wichtigsten Themen, die in diesem Jahr zur Debatte stehen, die Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2013, die Finanzplanung und die Haushaltsprüfung sind. All diese wichtigen Aspekte, zusammen mit der EU 2020 Strategie, setzen den Rahmen, mit dem wir bis zum Jahr 2020 arbeiten. Was wir jetzt in den verhandeln und aufbauen können, wird bis 2020 umgesetzt und Einfluss auf alle anderen Politiken haben. Deswegen muss das Parlament den Vorschlägen der Kommission so viel Aufmerksamkeit widmen und - auf der Basis des neuen Lissabon-Vertrags - seine Rolle ausüben und vollständig an der Debatte und der Planungsphase teilnehmen. Alle Elemente, die ich genannt habe, werden eine äußerst wichtige Rolle dabei spielen, wie die europäische Wirtschaft umstrukturiert und eine integrierte Europäische Soziale Agenda geschaffen wird.

**6. Wenn Sie die Bürger in Bayern mit maximal 2 Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?**

Eine Resolution zur EU Strategie für die Donauregion, die die Kommission auffordert einen Aktionsplan für die Einführung der strategischen Hauptlinien vorzulegen, wurde bereits vom Parlament beschlossen. In diesem Rahmen wird Deutschland, besonders Bayern, genauso wie Rumänien und speziell mein Wahlkreis direkt betroffen sein von den Programmen und Aktionsplänen, die Teil der Strategie sind. Das wird beachtliche Investitionsmöglichkeiten in der Donauregion schaffen, die bekannt ist für ihr touristisches Potential und ihre Einzigartigkeit (UNESCO Weltkulturerbe), und ich bin sicher: das wird eine wirkliche Attraktion für die Bürger Bayerns werden. Aber das ist nicht alles, was Rumänien zu bieten hat. Wir haben auch die Schwarzmeerküste, atemberaubende Natursehenswürdigkeiten und bergige Landstriche, die uns zu einem Urlaubsziel fürs ganze Jahr machen.

Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

## Termine - Rückschau

23.-25. April	Bundesparteitag der FDP	Köln
26. April	Teilnahme an der Diskussionsrunde "Kommunen unter Druck"	Brüssel
28.-30. April	Delegationsreise des Bildungsausschusses nach Santiago del Compostela zur „Zukunft der Europäischen Hochschulpolitik“	Spanien
07. Mai	Tagesprogramm mit Schülern anlässlich des Girls Days und der EU-Projekttag mit Abgeordneten an Schulen	München
07. Mai	Europatag am Rotkreuzplatz organisiert von der Europa-Union: Podiumsdiskussion "Europa und Jugend"	München
08. Mai	Klausurtagung der FDP Oberbayern	Oberbayern
11. Mai	Vortrag beim Aktionstag zum Neuansiedlungsprogramm des UNHCR	Brüssel
11. Mai	Klausurtagung mit dem AK IV der Bundestagsfraktion	Berlin
13. Mai	Ökumenischer Kirchentag: Diskussion zu "Arbeitssuchende in Deutschland aus den neuen Mitgliedstaaten: EU-Bürger 2. Klasse?"	München
14. Mai	Ökumenischer Kirchentag: Podiumsdiskussion zur „Sozialen Marktwirtschaft“	München
15. Mai	Ökumenischer Kirchentag: Diskussionsrunde „Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Gesellschaft“	München

## Termine - Vorausschau\*

28. Mai	Landeskongress der JuLis	Bayreuth
01. Juni	Besuchergruppe des DAAD in Brüssel	Brüssel
2. Juni	Europäische Stiftungswoche: Podiumsdiskussion	Brüssel
3. Juni	Besuch einer Kaninchenfarm: Haltungsbedingungen und Notwendigkeit einer EU Richtlinie	Belgien/ Deutschland
10. Juni	Politische Akademie: Referentin bei der Europatagung	Tutzing
11. Juni	Das Blau-Gelbe Sofa: Diskussionsrunde von und mit Nadja Hirsch zu aktuellen europäischen Themen	Regensburg
14. Juni	10. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, Vortrag zum Thema "Asyl in Europa: Gemeinsam Verantwortung für den Flüchtlingsschutz"	Berlin
19. Juni	FDP Landesfachausschuss Bildung: EU Regelungen zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Ingolstadt

\*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen - eine vollständige Liste finden Sie unter [www.europahirsch.de](http://www.europahirsch.de)

Newsletter aus Europa No. 6 (Mai 2010)

## Aus dem "EU-Jargon"

### Was sind eigentlich "Straßburgwochen" und warum gibt es sie?

In den Wochen in Straßburg hält das Parlament einen Großteil seiner Plenarsitzungen ab. Andere Sitzungen des Parlaments finden in Brüssel statt.

*„Wir haben ein Zentrum gesucht. .... Die Wahl Straßburgs erschien mir logisch. Diese große Stadt war Zeuge der menschlichen Dummheit, die versuchte, die Dinge durch den Krieg, die Grausamkeit und die Zerstörung zu regeln.“ (Ernest Bevin, Britischer Außenminister, 1949)*

Die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), eine Vorläuferin der EU, trat deswegen in Straßburg zusammen. Viele Abgeordnete hingegen wollten schon früh näher zu Kommission und Rat, was Abstimmungsprozesse erleichtert. Daher ließ das Parlament ab 1989 einen Sitz in Brüssel bauen. Frankreich lehnte den teilweisen Weggang ab, deswegen wurde im Vertrag von Amsterdam Straßburg als ein Sitz festgelegt. Ohne die Zustimmung aller Mitgliedsländer kann dieser Vertrag nicht verändert werden, womit das EU-Parlament in der EU das einzige sein dürfte, welches nicht selbst über seinen Sitz verfügen kann.

Für uns Parlamentarier heißt das zwölf Mal im Jahr Koffer packen und ab ins Hotel nach Straßburg. Auch Dokumente und Mitarbeiter treten diese Reise zu unseren Zweitbüros an. Alles in allem kostet dies den Steuerzahler Schätzungen zufolge über 200 Millionen Euro im Jahr. Die FDP im Europaparlament setzt sich daher für eine Abschaffung des Sitzes in Straßburg ein.

## Kontakt & Impressum

### Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP  
60, rue Wiertz, ASP 10G146  
B-1047 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 2 28 47573  
[nadja.hirsch@europarl.europa.eu](mailto:nadja.hirsch@europarl.europa.eu)  
[www.europahirsch.de](http://www.europahirsch.de)

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff  
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich  
CULT-Ausschuss: Nina Elzer  
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer e-mail an [nina.elzer@europarl.europa.eu](mailto:nina.elzer@europarl.europa.eu)

### Kontakt - Wahlkreis

Europabüro Nadja Hirsch, MdEP  
Kontaktperson: Claudia Kunze  
Rindermarkt 6, D-80331 München  
Tel.: +49-89-126009-22  
Fax: +49-89-126009-30  
[www.europahirsch.de](http://www.europahirsch.de)